



### Presseschau vom 04.03.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

#### abends/nachts:

#### de.sputniknews.com: **Wegen Verleumdung: Russland-Botschafter fordert Entschuldigung von britischer Zeitung**

Der russische Botschafter in Großbritannien, Alexander Jakowenko, hat in einem Brief an den Chefredakteur der britischen Zeitung Mail on Sunday eine offizielle Entschuldigung wegen Verleumdung seitens des Blattes gegen seine Person gefordert.

In dem Brief verweist der Botschafter auf die falsche Behauptung von Mail on Sunday, dass er 1986 angeblich wegen Spionage aus den USA ausgewiesen worden sein soll.

Laut Jakowenko ist diese Behauptung der britischen Zeitung eine grobe Lüge.

Jakowenko hatte bei der Ständigen Vertretung der UdSSR bei den Vereinten Nationen im UN-Hauptquartier in New York von 1981 bis 1986 einen Posten inne und verließ die Vereinigten Staaten fristgerecht bei Ende seines Auslandsdienstes.

In Anbetracht dessen erwarte der russische Diplomat nun eine Entschuldigung, heißt es in dem Brief.

Mail on Sunday hatte kürzlich im Rahmen einer eigenen „Untersuchung“ behauptet, dass der Diplomat Alexander Jakowenko in den 1980er Jahren ein Agent des sowjetischen Geheimdienstes KGB gewesen sein soll. Auf Grundlage dieser „Untersuchungsergebnisse“ haben sich Mitglieder des britischen Parlaments mit der Bitte an das Außenministerium Großbritanniens gewandt, Folgeermittlungen in diesem Kontext einzuleiten.

Die amtliche Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, bezeichnete die Untersuchung der britischen Zeitung über den Diplomaten Alexander Jakowenko als „Rache wegen mangelnden Fortschritts im Skripal-Fall“.

Der Jahrestag von „Salisbury“ sei von den britischen Boulevardzeitungen würdig und, wie

immer, mit guter Regie, begangen worden, schrieb Sacharowa auf ihrer Facebook-Seite. „Die Journalisten verdienen sich dort nicht umsonst ihre Brötchen – einer der größten sowjetisch-russischen Spione wurde gefunden, und dieser ist... Alexander Jakowenko, unser Botschafter in London“, so die Außenamtssprecherin.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32032/71/320327136.jpg>

### de.sputniknews.com: **Weißer Phosphor eingesetzt: Tote bei Luftangriffen der US-Koalition in Syrien**

Die international US-geführte Koalition hat in der Nacht auf Montag Luftangriffe auf ein Dorf in der Provinz Deir ez-Zor geflogen, wie das staatliche Fernsehen Syriens berichtet. Dabei wurden Geschosse mit laut internationalen Konventionen verbotenen weißem Phosphor verwendet.

Bei den jüngsten Luftangriffen, bei dem durch internationale Konventionen geächteter weißer Phosphor nahe dem Dorf Baghouz in der Provinz Deir ez-Zor zum Einsatz kam, wurden demnach Zivilisten, darunter auch Frauen und Kinder, getötet und verletzt. Die genaue Zahl der Betroffenen wird nicht genannt.

Syrische Medien hatten zuvor berichtet, dass eine Attacke derselben Art auch in der Nacht auf den 3. März verübt worden sei. Über die Folgen dieses Angriffs lagen keine Daten vor.

Vergangenes Jahr wurden von der internationalen Koalition mit Washington an der Spitze mehrmals Angriffe mit Phosphorgeschoßen in Syrien gemeldet.

Phosphormunition wird aufgrund ihrer Brandwirkung und hoher Toxizität international geächtet. Das Pentagon beteuerte in einer Stellungnahme, keine verbotenen Waffen eingesetzt zu haben, wollte allerdings nicht auf Details eingehen.

Die arabisch-kurdischen „Demokratischen Kräfte Syriens“ hatten am Freitag die Wiederaufnahme des Einsatzes gegen die Kämpfer der Terrormiliz IS\* („Islamischer Staat“; auch Daesh) im Dorf Baghouz in der Provinz Deir ez-Zor verkündet. Zuvor gab es dort eine Pause für die Evakuierung der Zivilisten. Laut den DKS befinden sich nun ausschließlich IS-Kämpfer im Dorf.

Die DKS kämpfen seit Monaten gegen die Reste der Daesh-Terrormiliz und werden dabei von der US-geführten Koalition unterstützt. Medien berichten immer wieder vom Tod friedlicher Zivilisten bei Angriffen der Koalition.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31727/59/317275939.jpg>

#### **vormittags:**

lug-info.com: In den letzten 24 Stunden haben die Kiewer Truppen achtmal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Perwomajsk, Donezkij, Kalinowo, Kalinowka, Shelobok** und **Sokolniki**.

Geschossen wurde mit 122mm-Artilleriegeschützen, 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen.

#### **de.sputniknews.com: Guaidos Rückkehr nach Venezuela: Bolton warnt vor Verhinderungsversuchen**

Der Nationale Sicherheitsberater des US-Präsidenten, John Bolton, hat vor Versuchen gewarnt, die sichere Rückkehr des ausgereisten Chefs der venezolanischen Nationalversammlung, Juan Guaido, nach Venezuela zu verhindern und mit einer ernsthaften Reaktion der USA und deren Verbündeten gedroht.

„Jegliche Drohungen oder Handlungen gegen seine (Guaidos - Anm. d. Red.) sichere Rückkehr werden auf eine starke und beachtliche Reaktion von Seiten der Vereinigten Staaten und der internationalen Gemeinschaft stoßen“, schrieb Bolton in einer Twitter-Mitteilung.

Zuvor hatte Guaido angekündigt, am 4. März nach Venezuela zurückkehren zu wollen.

Am 23. Februar war bekannt geworden, dass der Vorsitzende der Nationalversammlung Venezuelas, Juan Guaido, in der kolumbianischen Stadt Cucuta eingetroffen war.

Ende Januar hatte der Generalstaatsanwalt Venezuelas, Tarek William Saab, bekanntgegeben, dass gegen Guaido ermittelt werde. Später verhängte das Oberste Gericht von Venezuela ein Ausreiseverbot gegen ihn, das bis zum Abschluss der Ermittlungen gelten soll.

#### **Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 3. März 3:00 Uhr bis 4. März 3:00 Uhr**

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 16.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt

eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften:

**Gorlowka (Golmowskij, Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Wasiljewka, Wesjoloje, Shabitschewo, Donezk (Volvo-Zentrum, Terminal), Leninskoje, Sachanka.**

Opfer unter den friedlichen Bürgern und Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

**Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 164.**

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 127.

Ab 01:01 Uhr am 29. Dezember 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feueereinstellung im Zusammenhang mit den Neujahrs- und Weihnachtsfeiertagen in Kraft.

de.sputniknews.com: **Russland schickt humanitäre Hilfe an Nordkorea**

Russland hat laut einer Montagsmitteilung der russischen Botschaft in Pjöngjang über 2000 Tonnen Getreide als humanitäre Hilfe an Nordkorea geliefert.

Die Übergabe der Güter erfolgte im Rahmen des World Food Programme am vergangenen Wochenende im Hafen von Chongjin.

Die Hälfte des Getreides wurde dort abgeladen und die verbleibende Sendung in die Stadt Hungnam geschickt.

„Das Getreide wird zur Herstellung von Keksen und Fertignahrung für Kinder und schwangere Frauen verwendet“, präzisierte die Botschaft in ihrem Posting auf Facebook.

Eine Reihe von Dürren, Überschwemmungen und anderen Naturkatastrophen in den letzten sechs Jahren hatte die humanitäre Lage in Nordkorea verschlechtert.

Mitte Februar veröffentlichte die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen einen Bericht, demzufolge sich jeder vierte Bürger Nordkoreas in einer Krisensituation befindet. Laut der Uno sind 19 Millionen Nordkoreaner (über drei Viertel der Bevölkerung) auf das staatliche Lebensmittelverteilungssystem angewiesen. Über 30 Prozent der Kinder im Alter von sechs bis 24 Monaten verzehren nicht genug Kalorien pro Tag.

Dan-news.info: „Infolge nächtlichen Beschusses von Seiten der ukrainischen Streitkräfte auf **Sajzewo** wurden ein Haus und Wirtschaftsgebäude in der Brusilow-Straße 15 beschädigt, sowie wie ein Haus in der Bakschejew-Straße 10“, teilte der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodko mit. Nach seinen Worten gibt es keine Toten und Verletzten.

Vertreter der DVR im GZKK sind vor Ort.

de.sputniknews.com: **Von der Leyen: „Chinesische Raketen bedrohen Russland“ – russischer Politiker kontert**

Chinesische Raketen bedrohen laut den jüngsten Aussagen der deutschen

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen gegenüber dem „Focus Magazin“ Russland.

Nun tauchen die ersten Reaktionen aus Moskau auf.

Laut Ursula von der Leyen kann „Russland von den chinesischen Mittelstreckenraketen erreicht werden“. In diesem Zusammenhang solle Russland daran interessiert sein, China in irgendeine Art von Abrüstungsvertrag einzubeziehen.

„Denn so wie die russischen Raketen eine Bedrohung für Europa sind, sind es die

chinesischen für Russland“, sagte sie wörtlich.

Der Vizechef des Auswärtigen Ausschusses des russischen Föderationsrates (Oberhaus), Wladimir Dschabarow, kommentierte diese Aussagen wie folgt:

„Das sind nur Worte; die chinesischen Raketen sind keine Bedrohung für Russland.“

Dschabarow ist der Auffassung, dass die Erklärung der deutschen Verteidigungsministerin durch den Wunsch der europäischen Länder diktiert worden sei, den INF-Vertrag wieder ins Leben zu rufen.

„Um den INF-Vertrag zu reanimieren, sollte es mehr Teilnehmer geben. Sowohl China als auch Indien und Pakistan verfügen über Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite. Somit startet nun Deutschland die Sondierung in Bezug auf China“, sagte Dschabarow.

Er verwies unter anderem darauf, dass zuvor Russlands Präsident, Wladimir Putin, erklärt habe, dass Russland zu breit angelegten Verhandlungen zum weiteren Schicksal des INF-Vertrags bereit sei.

Der ehemalige Chef des Generalstabs der russischen Streitkräfte, Armeegeneral Juri Balujewski, bestätigte ebenfalls, dass die chinesischen Raketen keine Bedrohung für Russland darstellen würden. Die Aussagen der deutschen Verteidigungsministerin verband er mit einem Albtraum von ihr.

Zuvor hatte US-Präsident Donald Trump den Ausstieg Washingtons aus dem INF-Vertrag bis zum 2. Februar angekündigt. Präsident Wladimir Putin versprach einen adäquaten Schritt, den Russland auch unternahm. Zugleich erklärte Putin, dass alle Abrüstungsvorschläge Russlands auf dem Tisch blieben und die Türen offen stünden, Moskau aber keine Gespräche mehr initiieren würde.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31687/94/316879495.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die bewaffneten Formationen der Ukraine heute um 11:10 Uhr das Mörserfeuer aus Richtung Lebedinskoje in Richtung **Sachanka** eröffnet.

Infolge des Beschusses **starb der zivile Einwohner Wladimir Petrowitsch Nepluj**, geb. 23.07.1959, wohnhaft in der Konstituzija-Straße 18.

Außerdem wurden Schäden an einer Gasleitung und den Wohnhäusern 18 und 20 in der Konstituzija-Straße festgestellt sowie an einer Kantine in der Zentralnaja-Straße, die in der Nähe eines Kindergartens liegt.

Eine operative Gruppe der Vertretung der DVR im GZKK ist vor Ort. Genauere Informationen werden ermittelt.

Wir merken an, dass die BFU nicht zu ersten Mal zielgerichtet die genannten Wohnhäuser mit Mörsern beschießt. Am 7. Juni 2018 wurden vier Häuser in der Konstituzija-Straße beschädigt und ein friedlicher Einwohner verletzt.

**nachmittags:**

Dan-news.info: „Gemäß einem Erlass des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin werden die gesamtrepublikanischen Subbotniks in der DVR vom 6. bis 20. April stattfinden“, teilte das Ministerium für Bauwesen und Kommunalwirtschaft der DVR mit.

Diese Veranstaltungen finden im Rahmen der Vorbereitung auf die Frühjahrs- und Sommerzeit statt sowie um das Territorium der Republik nach dem Winter in Ordnung zu bringen.

Jeder, der möchte, kann an den Subbotniks teilnehmen.

de.sputniknews.com: **Russland verstärkt Luftabwehr der Kaliningrad-Region mit S-400**

Die Luftabwehr der russischen Region Kaliningrad ist durch ein Regiment vom Raketenabwehrsystem S-400 verstärkt worden, verlautete es aus dem Pressedienst der Baltischen Flotte.

Dies ereignete sich demnach im Rahmen des Programms für die staatlichen Verteidigungsbestellungen. Das System wurde nach dem erfolgreichen Kampfschießen vom Testgelände Kapustin Jar bei Astrachan geliefert.

„Das Raketenabwehrsystem S-400 wird Ende nächste Woche zur Verteidigung der Luftgrenzen der westlichsten Region des Landes in Dienst gestellt“, heißt es in der offiziellen Mitteilung.

Der Raketenabwehrkomplex S-400 „Triumph“ ist zur Bekämpfung von Störflugzeugen, AWACS-Flugzeugen, Aufklärungsflugzeugen, Flugzeugen der strategischen Fernfliegerkräfte, operativ-taktischen ballistischen Raketen, ballistischen Raketen mittlerer Reichweite, Hyperschall-Zielen und anderen modernen offensiven Flugmitteln bestimmt.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32223/66/322236607.jpg>

Armiyadnr.su: **Wichtige Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 04.03.2019**

Das Kommando der ukrainischen bewaffneten Formationen demonstriert offen, dass es seine Verpflichtungen bezüglich der Einhaltung eines Regimes der Feuereinstellung und des Abzugs von schweren Waffen von der Kontaktlinie vollständig ignoriert.

Wir stellen einen weiteren Fall von zielgerichtetem Genozid an der Zivilbevölkerung von Seiten des Kommandos der BFU fest. So hat der Kommandeur der 79. Luftsturmbrigade der Kriegsverbrecher Kuratsch den Befehl erteilt, das Feuer mit 120mm-Mörsern auf Sachanka zu eröffnen, sein Opfer wurde ein friedlicher Einwohner, geb. 1959, das Wohnhaus, in dem der Mann lebte, wurde durch einen direkten Treffer eines Mörsergeschosses des Kalibers 120mm

vollständig vernichtet.

Zuvor haben die ukrainischen Banden der 79. Brigade Kominternowo mit Mörsern beschossen, das Ergebnis waren zahlreiche Schäden an zivilen Häusern, darunter einem Ausgabepunkt für humanitäre Hilfe des IKRK.

In diesem Zusammenhang wenden wir uns an die Weltöffentlichkeit und die internationalen Rechtsschutzorganisationen, diesen Fall eines weiteren Verbrechens der ukrainischen Straftroepen gegen friedliche Bürger der Republik festzuhalten.

### de.sputniknews.com: **USA wollen Annäherung arabischer Staaten an Syrien verhindern – Washington Post**

Washington will seinen arabischen Verbündeten von einer Normalisierung der Beziehungen zur Assad-Regierung abraten, schreibt die „Washington Post“ unter Berufung auf mit der Angelegenheit vertraute Quellen.

Demnach hat die US-Administration den arabischen Staaten mit Sanktionen gedroht, sollten sie jegliche Versuche unternehmen, sich am Wiederaufbau Syriens zu beteiligen. Ziel dieser Sanktionen sei es, den syrischen Staatschef, Baschar al-Assad, zu Reformen im Land zu zwingen.

Grund für die Aufregung in Washington sollen die Wiedereröffnung der VAE-Botschaft in Damaskus im Dezember 2018 sowie Initiativen weiterer arabischer Staaten zur Wiederaufnahme der Beziehungen zu Syrien gewesen sein.

Es habe Vermutungen gegeben, dass die arabische Welt bereit sei, Baschar al-Assad nach seiner acht Jahre langen Isolation wieder zu akzeptieren, so die Zeitung.

„Viele dieser Länder unterstützten den Kampf gegen Assad und setzen sich mit der Realität auseinander, dass er in der absehbaren Zukunft möglicherweise an der Macht bleiben wird“, heißt es.

Syriens Mitgliedschaft in der Arabischen Liga ist seit 2011 ausgesetzt.

Im Dezember hatte Sputnik mit Verweis auf einen Insider aus Liga-Kreisen berichtet, dass mehrere arabische Länder Gespräche über die Wiederaufnahme Syriens in die Organisation führen würden. Jedoch seien diese noch nicht offiziell:

„Heute hat sich die Situation im Vergleich zur vorigen Periode geändert. Es finden Konsultationen statt, obwohl diese nicht offiziell sind“.

Am Sonntag traf eine syrische Delegation unter der Leitung von Parlamentspräsident Hammouda Sabbagh, für die Teilnahme an der 29. Konferenz der Arabischen Interparlamentarischen Union (AIPU) in Amman ein. Im Rahmen der Zusammenkunft soll unter anderem die Frage der Wiederaufnahme Syriens in die Arabische Liga behandelt werden.

### mil-lnr.info: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A. W. Marotschko**

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht wesentlich verändert und bleibt angespannt.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner das **Regime der Feueereinstellung achtmal verletzt**.

Auf Befehl des Kommandeurs der 30. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte des Kriegsverbrechens Garas wurde das Gebiet von **Kalinowka** mit Granatwerfern und großkalibrigen Schusswaffen beschossen.

Von den Positionen der 10. Gebirgsturmgruppe der ukrainischen Streitkräfte aus wurden die Gebiete von **Sokolniki**, **Shelobok** und **Donezkij** auf Befehl des Kriegsverbrechens Subanitsch mit 120mm- und 82mm-Mörsern und Granatwerfern beschossen.

Auf Befehl des Kommandeurs der 54. mechanisierten Brigade des Kriegsverbrechens Majstrenko wurden die Gebiete von **Perwomajsk** und **Kalinowo** mit 122mm-

Artilleriegeschützen, 120mm- und 82mm-Mörsern sowie Schützenpanzerwaffen beschossen. Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik etwa 200 Geschosse abgefeuert, davon 52 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm.

**In den Verbänden und Truppenteilen der ukrainischen Streitkräfte in der OOS-Zone ist eine Zunahme der Zahl der Fälle von Diebstahl von Waffen und Militärtechnik festzustellen.**

Von einer Kommission des Stabs der OOS wurde ein Fehlbestand an Munition in der 1. Panzerbrigade festgestellt. Im Zusammenhang damit sind Mitarbeiter des SBU und der Militärstaatsanwaltschaft in der Brigade eingetroffen.

Da sie eine mögliche Bewaffnung oppositioneller Kräfte beim Aufkommen von Protesten und Massenunruhen im Fall eines Siegs von Poroschenko bei den Wahlen fürchten, hat die Administration des Präsidenten Anweisungen an die Rechtsschutzorgane und Spezialdienste ausgegeben, gesetzeswidrige Ausfuhr von Waffen und Munition aus der Zone der Strafoperation in die Tiefe des Landes zu unterbinden.

Das Problem von Raub und Unterschlagung ist in den ukrainischen Streitkräften nicht das einzige und verblasst vor dem Hintergrund eines anderen nicht weniger wichtigen Problems, eher einer Pathologie – es ist der äußerst schlechte moralisch-psychische Zustand der Soldaten, in dessen Folge die nicht kampfbedingten Verluste zunehmen.

Wir haben festgestellt, dass am 3. März in Krymskoje ein Soldat aus der 30. Brigade der ukrainischen Streitkräfte bei einem erfolglosen Selbstmordversuch schwer verletzt wurde. Im Bericht des Kommandos des Verbands an den Stab der OOS wurde dieser Verlust als kampfbedingt aufgrund angeblichen Beschusses von den Positionen der Volksrepubliken angegeben.

Diese Tatsache wird durch den in ukrainischen Medien veröffentlichten Bericht des Pressezentrum des Stabs der vereinigten Kräfte bestätigt. In ihm ist davon die Rede, dass in den letzten 24 Stunden in der OOS-Zone ein Soldat der ukrainischen Streitkräfte verletzt wurde.

Auch in der 54. Brigade ist nicht alles günstig. Der Kriegsverbrecher Majstrenko zeichnet sich weiter durch ein gleichgültiges Verhältnis gegenüber seinem Personal aus. Solche, die die ständigen Abzüge, Erniedrigungen und Beleidigungen von Seiten der Kommandeure leid sind, verlassen eigenmächtig den Dienstort.

Am 2. März hat der Kommandeur einer Abteilung Feldweibel Pronko aufgrund der unverträglichen Dienstbedingungen und Ausschreitungen von Seiten des Kompaniekommandeurs eigenmächtig den Truppenteil verlassen.

Das Ausmaß des Problems des massenhaften Verlassens der Positionen durch Soldaten der ukrainischen Streitkräfte kommt auch in den Massenmedien zum Ausdruck.

Gestern hat die ukrainische Informationsagentur „Ternopolskije express-novosti“ einen Videoaufruf eines Vertreters des militärischen Rechtsordnungsdienstes der Ternopoler Garnison an Soldaten, die ihre Truppenteile verlassen haben, veröffentlicht, mit dem Aufruf zurückzukehren und dem Versprechen alle Fragen zu lösen.

Solche Materialien widersprechen offensichtlich den lautstarken Wahlkampfklärungen Pjotr Poroschenkos über eine hohe Kampffähigkeit der Streitkräfte der Ukraine.

Wir unsererseits erhöhen weiter das Niveau der Professionalität des Personals und der Fähigkeit zur Erfüllung von Aufgaben zur Verteidigung unserer Republik.

Zu diesem Zweck werden in den Truppenteilen der Volksmiliz der LVR komplexe Übungen zur militärischen Ausbildung durchgeführt. In dieser Woche sind Übungen zur Zusammenarbeit von Einheiten geplant, bei denen verschiedene taktische Aufgaben wie die Führung von Positionsverteidigung, die Abwehr von Angriffen und der Übergang zum Gegenangriff bearbeitet werden. Hauptziel der militärischen Ausbildung der Volksmiliz ist die Erhöhung der Geschlossenheit der Handlungen der Einheiten sowie des Personals der Volksmiliz der LVR bei der Erfüllung der gestellten Aufgaben in der festgelegten Zeit.

de.sputniknews.com: **Niederlande ziehen ihren Botschafter aus dem Iran zurück**

Amsterdam hat seinen Botschafter im Iran nach der Ausweisung von zwei Angestellten der niederländischen diplomatischen Mission in Teheran zurückgerufen. Dies erklärte der Außenminister der Niederlande Stef Blok am Montag auf Twitter.

„Ich habe beschlossen, den niederländischen Botschafter in Teheran für Konsultationen zurückzurufen. Die Entscheidung folgt auf die Ausweisung von zwei Angestellten der niederländischen Botschaft durch den Iran. Das ist inakzeptabel“, schrieb Blok.

Dem fügte er den Brief hinzu, in dem er das Repräsentantenhaus über seinen Beschluss in Kenntnis gesetzt hatte.

Demnach hatte am 20. Februar das iranische Außenministerium den niederländischen Botschafter darüber informiert, dass zwei Mitarbeiter der niederländischen Vertretung in Teheran zur persona non grata erklärt worden seien.

„Dies war eine Reaktion auf die frühere Ausweisung von zwei iranischen Diplomaten durch die Niederlande im Juni 2018 wegen der deutlichen Hinweise der Geheimdienste, dass der Iran mit dem Mord von zwei Niederländern iranischer Herkunft auf niederländischem Territorium zu tun hatte“, so Blok in dem Schreiben.

**armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 04.03.2019**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **16-mal das Regime der Feueinstellung verletzt**. Von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen wurden die Gebiete von acht Ortschaften der Republik beschossen.

In **Richtung Gorlowka** haben die Kämpfer der 58. Panzergrenadier- und der 30. mechanisierten Brigade unter Kommando der Kriegsverbrecher Garas und Drapatyj die Gebiete von **Golmowskij** und der **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** mit Mörsern des Kalibers 120mm beschossen.

Insgesamt hat der Gegner in dieser Richtung 20 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgefeuert.

Durch Beschuss von Seiten der BFU wurden folgende zivile Häuser beschädigt: Sajzewo Brusilow-Straße 14 und 15, Bakschejew-Straße 10.

In **Richtung Donezk** wurden von den Positionen der 93. mechanisierten Brigade und der 57. Panzergrenadierbrigade unter Kommando der Kriegsverbrecher Bryshinskij und Mischantschuk aus **Wasiljewka, Shabitschewo, Wesjoloje** und das **Gelände des Flughafens von Donezk** mit Mörsern der Kaliber 120 und 82mm, Granatwerfern, Schützenpanzerwaffen und Schusswaffen, darunter großkalibrigen, beschossen.

Insgesamt hat der Gegner in dieser Richtung 17 Mörsergeschosse der Kaliber 120 und 82mm abgefeuert.

In **Richtung Mariupol** haben die Kämpfer der 79. Luftsturmbrigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Kuratsch Sachanka und **Leninskoje** mit Mörsern der Kaliber 120 und 82mm, Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Insgesamt hat der Gegner in dieser Richtung 52 Mörsergeschosse des Kalibers 120 bzw. 82mm abgefeuert.

Infolge des Beschusses starb ein Zivilist, Wladimir Petrowitsch Nepluj, geb. 23.07.1959, wohnhaft in Sachanka, Konstituzija-Straße 18. Außerdem wurden eine Gasleitung und Wohnhäuser in Sachanka in der Konstituzija- und der Zentralnaja-Straße beschädigt.

**Mit erwidernem Feuer mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen wurden die Feuerstellungen des Gegners unterdrückt.**

**Die Verluste der ukrainischen Streitkräfte betragen zwei Tote und drei Verletzte.**

Leiter gab es auch Opfer auf unserer Seite. In der Folge der verbrecherischen Beschüsse **starb ein Soldat der Volksmiliz und einer wurde verletzt.**

Im Zusammenhang mit dem Näherkommen der Präsidentschaftswahlen verstärkt sich die Hysterie in den Reihen der obersten ukrainischen Militärkommandos mit jedem Tag weiter. So führen die ukrainische Führung und das Kommando der Besatzungskräfte in jeder Weise die Maßnahmen zur Erhöhung der Ratings Poroschenkos im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen weiter, im Zusammenhang damit ist für den Zeitraum vom 7. bis 8. März im Verantwortungsbereich der 93. mechanisierten Brigade der Besuch des Mitglieds der Partei „Block Pjotr Poroschenko“ Olga Bogomolez geplant, um Agitation in den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte zu betreiben.

Im Zusammenhang mit den zunehmenden Fällen von Diebstahl von Waffen und Munition in ukrainischen Raketenartillerielagern, und um deren Verkauf auf dem Territorium der Ukraine zu verhindern, ist die Arbeit einer Kommission des Stabs der Besatzungskräfte unter Leitung des Kommandeurs der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ I. Krasota geplant.

So wurde in dem vereinigten Lager für Raketenartilleriewaffen der 30. mechanisierten Brigade nach der Ankunft von Kämpfern des Regiments „Asow“ der Diebstahl einer großen Partie Waffen und Munition entdeckt. Bei operativen Fahndungsmaßnahmen wurde ein weiteres „Versteck“ in der Nähe von Sajzewo gefunden. Es wurden fünf Soldaten aus einer kompanietaktischen Gruppe festgenommen. Die Ermittlungsorgane führen Ermittlungsmaßnahmen durch.

Im Zusammenhang mit dem mangelhaften moralisch-psychischen Zustand der Kämpfer der BFU, der mit dem Verbot der Urlaubsgewährung für das Personal, das sich länger als sechs Monate in der OOS-Zone aufhält, durch den Kommandeur zusammenhängt, was alle festgelegten Fristen übersteigt und außerdem mit der Aufschiebung der Entlassung der Soldaten nach Beendigung ihres Vertrags verbunden ist, ist in den Einheiten der 128. Gebirgsturbrigade eine große Zahl an Fällen eigenmächtigen Verlassens des Truppenteils zu bemerken. Nach uns vorliegenden Angaben sind allein in dieser Brigade im Februar mehr als zehn Kämpfer aus der Kampfzone desertiert, fünf davon mit der Waffe.

Außerdem ist eine **geringe Personalausstattung in den Reihen der BFU** festzustellen, insbesondere in den Funktionen, die die Kampffähigkeit der Einheit ausmachen. So bemüht sich die männliche Bevölkerung des Landes vor dem Hintergrund der brudermörderischen Kriegshandlungen, sich auf verschiedene Weise vor ihrer verfassungsmäßigen „Pflicht“ zu drücken, in diesem Zusammenhang hat der Leiter des Stabs der Bodentruppen eine Anweisung ausgegeben, gemäß der die Kommandeure der Einheiten eine Auswahl von Kandidatinnen für die Funktionen in Schützenpanzermansschaften unter den Soldatinnen organisieren sollen, dabei wird verlangt, auf den Ehrgeiz der Soldatinnen zu setzen und ihnen den Gedanken einzugeben, dass ihnen gleiche Rechte nach der Erfahrung europäischer und amerikanischer Armeen gewährt werden.

de.sputniknews.com: **Putin unterzeichnet Erlass: Russland setzt INF-Vertrag aus**

Der russische Präsident Wladimir Putin hat am Montag einen Erlass unterzeichnet, mit dem Russland den Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag) ab sofort aussetzt. Putin hatte bereits Anfang Februar angekündigt, dass Russland den INF-Vertrag als Reaktion auf die Aufkündigung des Abkommens durch die USA aussetzen werde.

In den letzten Jahren haben sich Moskau und Washington mehrmals gegenseitig die Verletzung des INF-Vertrags vorgeworfen. Am 1. Februar hatte Washington den Ausstieg aus dem Abkommen über nukleare Mittelstreckensysteme angekündigt, das im Jahr 1987 von Michail Gorbatschow und Ronald Reagan unterzeichnet wurde.

Die USA warfen Russland vor, den Vertrag mit der Produktion des landgestützten 9M729-Marschflugkörpers verletzt zu haben. Moskau beteuerte seinerseits, dass der Marschflugkörper INF-konform sei, und beschuldigte Washington wiederum, Abschussvorrichtungen in Polen und Rumänien stationiert zu haben, die gegen das Abkommen verstoßen.

Lug-info.com: Das Oberhaupt der LVR Leonid Pasetschnik hat bei einem Treffen mit den Leitern der Verwaltungen von Städten und Bezirken der Republik diese angewiesen, in ihren Gebieten die Verkaufsstellen für einheimischen Geflügelfleisch auszuweiten. ...

„Das Landwirtschaftsministerium war gezwungen, sich an die Regierung und persönlich an Leonid Iwanowitsch Pasetschnik mit der Bitte zu wenden, dass wir unsere qualitativ hochwertigen und sehr preisgünstigen Produkte über eigene Verkaufsstellen in jedem Gebiet verkaufen können“, sagte der Landwirtschaftsminister Jurij Pronko, der auf dem Treffen anwesend war.

„Wir müssen auf jeden Fall in jedem Bezirk Verkaufsstellen für unser Geflügelfleisch von einheimischen Erzeugern einrichten“, wies Pasetschnik die Bürgermeister an.

Er fügte hinzu, dass die Verkaufsstellen mit Kühlschränken und Vitrinen ausgerüstet sein müssen und das Hühnerfleisch darf nicht mehr als 116 Rubel pro kg kosten.

Bei dem Treffen gab das Oberhaupt der LVR im Zusammenhang mit dem vor den Feiertagen gestiegenen Bedarf und Nachfrage nach einheimischem Mehl die Anweisung, ein ständiges Monitoring durchzuführen, ob in den Handelseinrichtungen Mehl aus republikanischem Getreideanbau vorhanden ist und falls es Defizite gibt, diese an die Administration des Oberhauptes der LVR zu melden, damit das Defizit beseitigt werden kann.

### de.sputniknews.com: „Tag sowjetischer Schande“: Lettische Forscherin ist gegen Internationalen Frauentag

Die Professorin der Universität Lettlands und Ex-Vizechefin der lettischen Regierungskommission zur Erforschung des KGB Kristine Jarinovska hat vorgeschlagen, den am 8. März gefeierten Internationalen Frauentag aus der Liste der staatlichen Feiertage des Landes zu streichen. Im Netz hat ihre Initiative jedoch keine breite Unterstützung.

Der 8. März sei ein „Teil des ideologischen Propagandasystems des totalitären Besatzungsregimes der UdSSR“, schrieb Jarinovska in einer Twitter-Mitteilung. „Die Frauen Lettlands verdienen diese Demütigung nicht, dass er (der Internationale Frauentag am 8. März - Anm. d. Red.) bis zum heutigen Tag in einem Gesetz der unabhängigen Republik Lettland verankert ist. Der Sejm (das lettische Parlament) muss darüber entscheiden“, äußerte sie. Allerdings wollten die meisten Nutzerinnen und Nutzer im Netz die Initiative von Jarinovska nicht unterstützen.

„Sprechen Sie nicht für alle lettischen Frauen. Wenn sich niemand an diesem Tag an Sie erinnert, dann glauben Sie mir, es ist nicht die Schuld aller lettischen Frauen“, zeigte sich Daina Sadre sarkastisch.

„Es gibt Frauen, an die man sich das ganze Jahr erinnert, und nicht an einem Tag der sowjetischen Schande“, empörte sich Jarinovska.

„Sind Sie Doktor der Rechte, arbeiten Sie an der Universität von Lettland, singen Sie im Chor? Sagen Sie den Suffragetten danke, ohne sie wäre Ihr Platz in der Küche ohne Twitter“, schrieb Jana Simanovska.

„Vielleicht könnten Sie auf Google recherchieren und über die Suffragetten lesen, die das Wahlrecht für uns durchgesetzt haben? Und alle anderen Optionen der Gleichberechtigung? Ich schäme mich für das, was Sie geschrieben haben, nicht für den 8. März. Geschichtswissen ist gar nicht so schlecht“, äußerte Iveta.

Auch Männer hielten die Argumente von Jarinovska für nicht überzeugend: „Der 8. März ist Teil der Europäischen Union“, schrieb Edgars. „Folgen Sie den Beispielen der zivilisierten Länder!“, forderte er die Gegnerin des Internationalen Frauentags auf und erinnerte sie daran, dass Berlin den 8. März zum gesetzlichen Feiertag erklärt hatte.

2015 hatte Jarinovska vorgeschlagen, den Frauentag in Lettland nicht am 8. März zu begehen. Sie bezeichnete Clara Zetkin und Rosa Luxemburg, die einst auf die Idee des Internationalen

Frauentages gekommen waren, als „Terroristinnen“ und äußerte, die Damen seien für die lettische Frauen keine guten Beispiele. Jarinovska schlug vor, den Frauentag in Lettland auf den 16. März zu verschieben, da die lettische Dichterin Aspazija (eigentlich Elza Pliekšāne), der Ehefrau des berühmten lettischen Dichters Janis Rainis, an diesem Tag geboren wurde. Die Tatsache, dass der 16. März in Lettland der sogenannte „Tag der Legionäre“ ist, an dem die Letten gewürdigt werden, die während des Zweiten Weltkrieges in der Waffen-SS an Seite des national-sozialistischen Deutschlands gekämpft hatten, schien sie nicht zu verunsichern. Die Frauen könnten doch auch an diesem Tag die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich lenken, argumentierte sie.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32281/35/322813571.jpg>

Lug-info.com: Die Dokumente der Kandidaten für das Jugendparlament der LVR werden vom 11. bis 24. März angenommen, die Wahlen finden im April statt. Dies teilte heute der Koordinator des Projekts „Junge Garde“ der gesellschaftlichen Bewegung „Mir Luganschtschine“ mit.

Abgeordnete des Jugendparlaments können Studentinnen der Hochschulen der Republik und Vertreter der arbeitenden Jugend im Alter von 18 bis 35 Jahren werden.

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Heute um 9:00 Uhr wurden die notwendigen Sicherheitsgarantien zur Durchführung von Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an dem Objekt „Gasverteilungsstation Rasdolnoje“ im Gebiet von Werchnetorezkoje und an der durch Beschüsse von Seiten der BFU beschädigten Transformatorunterstation im Gebiet von Wasiljewka gewährt.

Die Reparaturbrigaden sind unter Koordination und Unterstützung einer operativen Gruppe der Vertretung der DVR im GZKK sowie einer spiegelbildlichen Patrouille der OSZE-Mission an den Arbeitsort gefahren. Um 14:10 Uhr gelang es die Stromversorgung wieder in Betrieb zu nehmen, um 14:30 Uhr die Gasversorgung. Die Gefahr einer humanitären Katastrophe ist erst einmal beseitigt.

de.sputniknews.com: **Stille Vorgabe: Kiews Außenamt soll deutsche Beobachter von Wahlen fernhalten**

Kiew habe kein Interesse daran, dass ausländische Beobachter Verstöße bei der Präsidentschaftswahl in der Ukraine feststellen, sagt der Politiker Alexander Golub, Vorstandsmitglied der „Union linker Kräfte“ und ehemaliger Rada-Abgeordneter. Es gebe „eine vertrauliche Weisung“ an das Außenamt, keine Kritiker des Kiewer Regimes ins Land zu lassen.

Für die kommende Präsidentschaftswahl in der Ukraine seien massive Fälschungen und Verstöße geplant. Schon jetzt gebe es viele Unstimmigkeiten: „Die Wahllokale stehen immer noch nicht fest, viele politische Parteien in der Ukraine und ihre Beobachter sind zu den Wahlen nicht zugelassen“, sagte Golub in einem Sputnik-Interview. „Medien, die nicht unter staatlicher Kontrolle sind, wurden faktisch geschlossen oder stehen unter starkem Druck des Geheimdienstes“.

Der Grund dafür ist laut dem Politiker die Angst des Kiewer Regimes vor einer Wahlniederlage:

„Den Machthabern in Kiew, dem Präsidenten Poroschenko ist es bewusst, dass sie in fairen, offenen und demokratischen Wahlen keine Chance auf Erfolg hätten.“ Deshalb sei bei den Wahlen mit gravierenden Verstößen zu rechnen, „die den Ausgang der Wahlen an sich in Zweifel ziehen werden“.

In dieser Situation habe Kiew natürlich kein Interesse daran, dass sich ausländische Wahlbeobachter einfänden, die die Fälschungen und Verstöße international anprangern würden. Die Machthaber in Kiew „tun heute alles, um die Anwesenheit fairer Wahlbeobachter einzuschränken, so stark es nur geht“, sagt Golub.

Was der ukrainische Politiker beschreibt, betrifft auch Wahlbeobachter aus Deutschland. Der deutsche Politiker Andreas Maurer, Fraktionsvorsitzender der Linken im niedersächsischen Quakenbrück, hat in einem Interview mit Sputnik erklärt, vielen seiner Parteikollegen sei die Möglichkeit verweigert worden, als Beobachter an den Wahlen in der Ukraine teilzunehmen. Demnach bekommen viele Vertreter der Partei Die Linke keine Akkreditierung, „zwei Bundestagsabgeordnete wurden zurückgewiesen“, so Maurer. Überhaupt sei das Zulassungsverfahren für die Wahlbeobachter in der Ukraine sehr rigoros und verlaufe nur schleppend. „Vonseiten der Ukraine gibt es keine Unterstützung, damit Beobachter aus Deutschland teilnehmen könnten.“

Laut dem deutschen Politiker befürchtet Kiew, es könnte unter den deutschen Beobachtern auch Politiker und Menschenrechtler mit prorussischer Haltung geben. „Das wurde uns von ukrainischer Seite so gesagt“, erklärt Maurer.

Gemäß Informationen des ukrainischen Politikers Alexander Golub gibt es in der Ukraine sogar eine „vertrauliche Weisung an das Außenministerium“, keine Vertreter linker Parteien ins Land zu lassen, die das Regime kritisieren.

Die Präsidentschaftswahl in der Ukraine findet am 31. März statt. Die Werchowna Rada hat ein Gesetz verabschiedet, dem gemäß Wahlbeobachtern aus Russland die Teilnahme an den ukrainischen Wahlen verboten werden soll.

### **Armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Entführung von Swetlana Drjuk**

Dem Gegner ist es gelungen Swetlana Drjuk zu entführen, die Anfang des Jahres auf eigenen Wunsch aufgrund einer Verschlechterung ihrer Gesundheit aus den Reihen der Volksmiliz der DVR entlassen wurde. Swetlana nahm in den Jahren 2014-2018 aktiv an den Kämpfen zur Vernichtung des Gegners teil, dafür wurde sie mehrfach vom Kommando des Truppenteils belobigt. Für die erfolgreiche Durchführung einer Operation wurde sie mit der Medaille „Für militärische Tapferkeit“ ausgezeichnet.

Nach ihrer Entlassung aus den Reihen der Volksmiliz und der Rehabilitation in einem Krankenhaus fuhr sie mit ihren Kindern auf das Territorium der Republik Moldawien, um Verwandte zu besuchen.

Auf dem Territorium von Moldawien wurde eine Spezialoperation des SBU zu ihrer Festnahme und Überführung auf das Territorium der Ukraine durchgeführt.

Derzeit arbeiten mit Swetlana aktiv ukrainische Spezialdienste und Propagandisten, sie verwenden dabei grausame Methoden der Einflussnahme auf sie über die Kinder sowie über Verwandte und ihr nahestehende Menschen.

Swetlana ist vor allem Mutter, und unter diesen Bedingungen sind alle Arten von Erklärungen, selbst die abstrusesten, die man ihr aufzwingt, zu erwarten.